

Vollzug des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulweges und der Schülerbeförderungs-VO; Hinweise zur Schülerbeförderung für Schüler/innen mit Vollzeitunterricht ab der Jahrgangsstufe 11 (ohne Fachoberschule und Berufoberschule) für das Schuljahr 2024/2025

Die gesetzlichen Leistungen der Schülerbeförderung sind für die Schüler/innen mit Vollzeitunterricht ab der Jahrgangsstufe 11 eingeschränkt. Die Erziehungsberechtigten bzw. die volljährigen Schüler/innen müssen sich grundsätzlich selbst um eine Beförderung kümmern. Sie erhalten die notwendigen Fahrkosten **auf Antrag im Nachhinein** erstattet. Für die Festlegung, welche Fahrkosten notwendig sind, gelten die gleichen Beförderungsgrundsätze wie für die Schüler/innen bis zur Jahrgangsstufe 10:

- Mindestschulweglänge von mehr als **drei** Kilometer,
- Besuch der **nächstgelegenen Schule** (das ist die Schule der gewählten Schulart und Ausbildungsrichtung/Fachrichtung, die mit dem geringsten objektiven Beförderungsaufwand erreichbar ist),
- vorrangige Benutzung der **vorhandenen Verkehrsmittel** zu den **günstigsten Fahrтарifen**,
- Benutzung der **kürzesten zumutbaren Verbindung**,
- Benutzung von **privaten Kraftfahrzeugen** nur **in Ausnahmefällen** und **nur auf Antrag**.

Bei Vorliegen der genannten Voraussetzungen zählen zum notwendigen Schülerbeförderungsaufwand die Fahrkosten zwischen dem Ort des gewöhnlichen Aufenthalts (Wohnung) und dem Besuch des Pflicht- und Wahlpflichtunterrichts (nicht des Wahlunterrichts) der Schule.

Von den notwendigen Fahrkosten müssen die Unterhaltleistenden der Schüler/innen einen Betrag bis zu **320 EUR** pro Schüler/Schülerin im Schuljahr (**seit 01.08.2023**), **höchstens jedoch 490,00 EUR** (**seit 01.08.2022**) im Schuljahr innerhalb der Familie selbst tragen. Die Höhe der Familienbelastungsgrenze ist unabhängig von der Schulweglänge, von der Dauer des Schulbesuches im Schuljahr und von der Zahl der Kinder, für die Fahrkosten aufzubringen sind.

Eine Befreiung von der Familienbelastung auf Antrag besteht, wenn

- der/die Unterhaltleistende/die Unterhaltleistenden das Kindergeld für mindestens drei Kinder bezieht/beziehen **und** der/die betreffende Schüler/in im gemeinsamen Haushalt des/der Unterhaltleistenden lebt. Der Kindergeldbezug ist zumindest für den Monat **August 2024** nachzuweisen (z.B. durch Bescheinigung der Kindergeldkasse oder des Arbeitgebers, Lohn- oder Gehaltsabrechnung, Kontoauszug der Bank). Nachweise für frühere Monate werden regelmäßig nicht anerkannt, Nachweise für spätere Monate sind zum Nachteil für den/die Unterhaltleistenden.
- der/die Unterhaltleistende/die Unterhaltleistenden oder der/die betreffende Schüler/in laufende Sozialhilfeleistungen als Hilfe zum Lebensunterhalt oder laufende Leistungen als Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht/beziehen **und** der/die betreffende Schüler/in im gemeinsamen Haushalt des/der Unterhaltleistenden lebt. Als Nachweis für den tatsächlichen Bezug ist der Leistungsbescheid, **Stand August 2024**, vorzulegen.
- der/die betreffende Schüler/in dauernd behindert ist **und** auf Grund der Behinderung eine Beförderung erforderlich ist. Die Art und der Grad der Behinderung müssen nachgewiesen werden (z.B. durch den Schwerbehindertenausweis, fachärztliches Gutachten).

Die Befreiung beginnt nach Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen für den Bezug des Kindergeldes oder des Arbeitslosengeldes II bzw. Sozialgeldes oder der Sozialhilfe oder der Asylbewerberleistungen erstmals gegeben sind (z.B. Leistung ab August, dann Befreiung ab September). Die Befreiung wirkt bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres. Weitere Befreiungsgründe (z.B. geringes Einkommen, Schüler/in ist Halbwaise) gibt es nicht.

Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, Zug): Für Schüler/innen mit einer Befreiung von der Familienbelastung bieten die Kreiswerke Cham – Mobilität auf Wunsch die Bereitstellung des Deutschlandtickets bzw. Schülermonatsfahrkarten (je nach Kostenhöhe) zur kostenfreien Fahrt an. Die Unterhaltleistenden müssen hierzu einen **Erfassungsbogen*** ausfüllen, unterschreiben, den Schulstempel anbringen lassen und an die Kreiswerke Cham - Mobilität weiterleiten. Kann der Nachweis über die Befreiung von der Familienbelastung noch nicht mit dem Erfassungsbogen vorgelegt werden, ist der Nachweis selbständig nachzureichen. Die benötigten Fahrausweise werden erst dann zur Verfügung gestellt, wenn Erfassungsbogen und Nachweis vorliegen. Die Unterlagen sollten deshalb möglichst **ab August, jedoch bis spätestens zwei Wochen vor Unterrichtsbeginn** vorgelegt werden. Bei späterer Vorlage werden die Fahrausweise **frühestens ab Oktober** zur Verfügung gestellt. Die kostengünstigsten Fahrkarten müssen dann bis zum Erhalt der Fahrausweise selbst gekauft werden. Die Kosten der selbst gekauften Fahrkarten können auf Antrag an die Kreiswerke Cham – Mobilität zur Erstattung eingereicht werden.

Achtung! Das Angebot gilt nicht für Schüler/innen der Abschlussklassen.

Schüler/innen ohne Befreiung von der Familienbelastung und die Schüler/innen der Abschlussklassen müssen sich die Fahrkarten selbst kaufen. Als notwendige Beförderungskosten werden nur die kostengünstigsten Fahrkarten (je nach Umfang der Nutzung das Deutschlandticket (seit Mai 2023), Schülermonatskarten, Schülerwochenkarten, Zehnerkarten, seit August 2020 im VLC-Tarifgebiet auch das kostenfreie Jugendticket für Fahrten nach 14.00 Uhr, Ermäßigung von Einzelfahrkarten bei entsprechender BahnCard, z.B. BahnCard 25 oder BahnCard 25 Jugend, seit 01.08.2021 jedoch nicht mehr im VLC-Tarifgebiet, 365 EUR-Ticket im Tarifgebiet des RVV) anerkannt. Der/Die Schüler/in bzw. dessen Unterhaltleistende sind selbst dafür verantwortlich, die kostengünstigsten Fahrkarten zu erwerben.

Das Deutschlandticket ist ein persönliches Abonnement und kann als digitales Ticket über einen Webshop der Mobilitätszentrale der Kreiswerke Cham (www.landkreis-cham.de unter BreitbandKreiswerke/Mobilität), aber auch bei allen größeren Verkehrsunternehmen/Verkehrsverbänden (z.B. DB, RBO, RVV) erworben werden. Für den Kauf von Schülermonatskarten/Schülerwochenkarten verlangen die Verkehrsunternehmen einen Nachweis über die Schülereigenschaft. Das entsprechende Formular kann im Internet unter www.landkreis-cham.de Stichwort Berechtigungskarte, heruntergeladen werden. Es ist auch in der Mobilitätszentrale der Kreiswerke Cham und bei den Busfahrern (für VLC-Karten und RBO-Karten) erhältlich. Die BahnCard (www.bahn.de) gibt es u.a auch in der Mobilitätszentrale.

Die gekauften Fahrkarten können am Ende des Schuljahres bei den Kreiswerke Cham - Mobilität zur Erstattung der Fahrkosten eingereicht werden. Die Antragstellung ist online und in Papierform möglich*.

Benutzung von Schulbussen des Landkreises: Sofern eine Mitfahrt in Schulbussen auf einer Teilstrecke oder auf dem gesamten Schulweg erforderlich ist bzw. gewünscht wird, kann ein entsprechender Antrag mittels **Erfassungsbogen** online* (Schulstempel erforderlich!) gestellt werden. Die Kreiswerke Cham – Mobilität muss für die Mitfahrt einen Unkostenbeitrag erheben. Der Unkostenbeitrag entfällt bei nachgewiesener Befreiung von der Familienbelastung. Damit die Mitfahrtberechtigung rechtzeitig zu Beginn des Schuljahres zur Verfügung gestellt werden kann, muss der Erfassungsbogen zur Ermittlung des Unkostenbeitrages bzw. der Erfassungsbogen mit dem Nachweis zur Befreiung **bis spätestens Ende August 2024** an die Kreiswerke Cham – Mobilität vorgelegt werden.

Benutzung von privaten Kraftfahrzeugen: Der Einsatz des privaten Kraftfahrzeuges (Auf Grund des gesetzlichen Vorranges der vorhandenen Verkehrsmittel gelten strenge Voraussetzungen) muss durch die Kreiswerke Cham – Mobilität als notwendig anerkannt sein, damit Fahrkosten überhaupt geltend gemacht werden können. Der **Antrag** hierfür und der **Erfassungsbogen** (Schulstempel erforderlich!) können online* abgerufen und gestellt werden. In Papierform sind sie bei der Mobilitätszentrale der Kreiswerke Cham erhältlich. **Es wird dringend empfohlen, den Antrag am Beginn des Schuljahres zu stellen**, da bei einer ablehnenden Entscheidung die bereits entstandenen Fahrkosten nicht berücksichtigt werden. Auch eine fiktive Fahrkostenerstattung bis zur Höhe der Tarife der nicht benutzten vorhandenen Verkehrsmittel scheidet dann aus. Über die näheren Voraussetzungen für die Antragstellung und evtl. zusätzlich benötigte Unterlagen gibt die Mobilitätszentrale der Kreiswerke Cham Auskunft.

Erstattung von Fahrkosten grundsätzlich nach Ablauf des Schuljahres: Sofern es in Einzelfällen dem/den Unterhaltleistenden schwer fällt, die Fahrkosten für das ganze Schuljahr voraus zu leisten, sind Zwischenabrechnungen möglich. Dies muss jedoch zuvor mit den Kreiswerke Cham – Mobilität vereinbart werden. Der Antrag auf Erstattung der Fahrkosten (erhältlich bei der Mobilitätszentrale oder an der Schule) für das Schuljahr **2024/2025** muss bis spätestens **31. Oktober 2025** bei der Kreiswerke Cham - Mobilität eingegangen sein. Die Einreichungsfrist kann **nicht** verlängert werden. Sie ist eine gesetzliche Ausschlussfrist, d. h. Anträge, die nach dem 31. Oktober bei den Kreiswerke Cham - Mobilität eingehen, dürfen nicht mehr bearbeitet werden. Der Grund für die Säumnis ist dabei ohne Bedeutung.

*Herunterladen der Formulare und Antragstellung unter www.landkreis-cham.de, Suchwort Schülerbeförderung.